

# Eübeder Volksbote

Organ für die Interessen der wertfätigen Bevölkerung

Der „Eübeder Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die siebenstündige Zeitstelle oder deren Raum 180 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, frühere, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 10.

Montag, den 24. Januar 1921.

28. Jahrgang.

## Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Unter diesem Titel hat sich der bekannte bürgerliche Nationalökonom Werner Sombart mit den wirtschaftlichen und politischen Gründen auseinandergesetzt, welche der Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung in Amerika hindernd im Wege ständen. Hier haben wir nicht den Raum, diese Argumente wiederzugeben. Seitdem existiert ja doch eine sozialistische Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, von welcher wir vorerst nur ein flüchtiges Bild geben möchten. Auch dieses ist keine leichte Sache; die Bewegung ist aus vielen historischen und wirtschaftlichen Gründen sehr verwickelt. Die Programme der einzelnen Parteien sind nicht scharf genug herausgearbeitet. Gewerkschaftsbewegung und Parteibewegung sind vielfach nicht voneinander getrennt. Unsere Angaben fußen in erster Reihe auf der Tagespresse der verschiedenen amerikanischen Arbeiterparteien.

Der Amerikanische Arbeiterbund (American Federation of Labor) ist immer noch die wichtigste Arbeiterorganisation, umfassend die Arbeiter von den Vereinigten Staaten und Kanada. Seine Mitgliederzahl übersteigt 3 Millionen. Es ist ein reiner Gewerkschaftsverband (Trade Union), in welchem die Arbeiter nach ihrem Beruf gegliedert organisiert sind. Der Bund umfaßte im Jahre 1917 111 Fachverbände mit 26 761 lokalen Organisationen. Sein Präsident ist der bekannte Samuel Gompers, der gelegentlich des Friedensschlusses in Versailles eine große Rolle spielte. Der Bund vertritt die gemäßigten Forderungen der Gewerkschaftspolitik; sein Betätigungsfeld ist der Kampf für höhere Löhne und kürzere Arbeitsstunden. Daß der Achtstundentag den Vätern durch den Völkerverbund anempfohlen wurde, ist in erster Reihe dieser Organisation zu verdanken. Andererseits ist er eine konservative Körperschaft; er hat unlängst den in Amsterdam sitzenden internationalen Gewerkschaftsbund verlassen, weil seine Politik für ihn zu radikal ist. In der Politik ist dieser große Verband durchweg opportunistisch, was in den hier nicht weiter zu erörternden amerikanischen Verhältnissen seine Ursache hat. Gelegentlich der vor einigen Monaten stattgehabten Präsidentenwahlen hatte die American Federation of Labor seine Mitglieder aufgeföhrt, für die demokratische Partei zu stimmen. Die Mitgliederzahl der Union ist zwar immer noch sehr groß, doch alle Anzeichen sprechen dafür, daß ihre Macht im Sinken ist. Die bekannteste amerikanische Zeitschrift „The Nation“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel von Samuel Gompers mit dem Titel „The Laborer without a Land“.

Nächst diesem großen Gewerkschaftsverband betätigt sich die sozialistische Partei. Ihr Führer, Eugen Debs, sitzt wegen seiner kriegsfeindlichen Haltung im Gefängnis. Der bekannte sozialistische Schriftsteller Hilquitt gehört auch dieser Partei an. Die sozialistische Partei nimmt an den politischen Kämpfen der Vereinigten Staaten teil. Gelegentlich der letzten Präsidentenwahl hat ihr Kandidat Eugen Debs mehr als neunhunderttausend Stimmen erhalten. Dies bedeutet einen Zuwachs von dreihunderttausend Stimmen im Vergleich zur Wahl im Jahre 1916, der jedoch nicht hoch angerechnet werden kann, in Hinsicht auf die wachsende Bevölkerung und auf das Frauenstimmrecht, welches diesmal zum ersten Male ausgeübt wurde. Wie aus der Tagespresse bekannt, sind die sozialdemokratischen Abgeordneten unter den niedrigsten Vorwänden vom Kongreß ausgeschlossen worden. Die sozialistische Partei kann im allgemeinen als eine gemäßigtere Partei bezeichnet werden.

Eine wichtige Arbeiterpartei ist im Jahre 1906 in Chicago gegründet worden, die I. W. W. = International Workers of the World (Internationale Arbeiter der Welt). Diese Organisation hat den früher sozialistischen Gewerkschaftsverband (Socialist Trade and Labor Alliance) in sich aufgenommen. Der neuen Partei schlossen sich die linksstehenden Elemente der sozialistischen Partei an und von den Gewerkschaften vorwiegend gewisse Metallarbeiter- und Bergarbeiterverbände. Sie war als Protest gegen die konservative Politik der A. F. of L. entstanden. Sie ist gegen jede politische Aktion. Es werden ihr anarchoistische und syndikalistische Tendenzen zur Last gelegt, und tatsächlich betätigte sie vielfach eine dementsprechende Politik; sie war in ihrer öffentlichen Wirksamkeit vermindert und konnte sich nur im Geheimen betätigen. Ihre Führer und Anhänger gehören zu den am meisten verfolgten Sozialisten in den Vereinigten Staaten. Die Partei hat ihre politikfeindliche Haltung bis in die Gegenwart anrecht erhalten. Andererseits zeigt uns aber eine eingehende Betrachtung ihrer Parteipresse, daß sie die anarchoistische-syndikalistische Richtung so gut wie aufgegeben hat, obwohl die Presse der anderen sozialistischen Parteien ihr diese Tendenzen auch jetzt noch zuschreibt. Wir lesen aber im offiziellen Organ dieser Partei (Industrial Unionist, New York) Aufträge zur parlamentarischen Ausarbeitung der neuen Gewerkschaftsbewegung, die Einrichtung eines Forschungsinstituts (reparaturkosten) für die Bekämpfung der Produktions-

kosten in den einzelnen Industrien usw., um die Arbeiterchaft für ihre künftige Aufgabe zur Übernahme der Führung der Produktion und vorläufig zur Arbeiterkontrollrolle vorzubereiten. Es wird von der Partei eine zentrale Organisation der Industrie angestrebt; sie ist Anhängerin der noch zu schaffenden und aus Industrieverbänden bestehenden großen internationalen Arbeiterunion.

Es kommen dann weitere zwei sozialistische Bewegungen in Frage, die beide sich der russischen Revolution anschließen, ohne sich jedoch der dritten Internationale angeschlossen zu haben. Sie betonen im Gegenteil die tatsächlichen Unterschiede zwischen der russischen und der amerikanischen Bewegung; sie geben an, daß mit der vorerst noch individualistisch gefärbten Seelenverfassung des amerikanischen Arbeiters gerechnet werden müsse und ein Anschluß an die dritte Internationale keinen Wiederhall unter den amerikanischen Arbeitern zu finden vermöchte. Die politische Partei dieser Richtung heißt „Sozialistische Arbeiterpartei“ (Socialist Labor Party), die gewerkschaftliche Organisation derselben Richtung aber „Internationale Industrie-Vereinigung der Welt“ (I. I. W.). Das Organ der ersteren ist die in New York erscheinende „Weekly People“, der letzteren die in Detroit (Michigan) herausgegebene „Industrial Union News“. Beide Parteien sind miteinander eng verbunden und verkünden die Lehren ihres im Jahre 1914 verstorbenen Führers De Leon. Mit den Lehren De Leons, welcher in dieser Partei als bedeutendster Nachfolger Marzens und Vorgänger Lenins bezeichnet wird, wollen wir uns vielleicht ein anderesmal auseinandersetzen. Hier erwähnen wir nur so viel, daß De Leon und die unter seiner Führung arbeitenden Parteien den Gedanken der Betriebsräte sehr stark herausgearbeitet haben. Sie streben eine Neuorganisation der Arbeiter auf Grundlage der Industrie statt der Berufsverbände an. Von den beiden Parteien wollen wir nur noch feststellen, daß die politische Partei bereits vor Jahrzehnten entstanden ist, während die gewerkschaftliche erst in letzter Zeit gegründet wurde. Beide treten für eine kräftige politische Aktion ein. Diese Arbeiterorganisationen sind vorläufig sehr schwach.

Natürlich gibt es auch eine kommunistische Partei in den Vereinigten Staaten, welche sich ausschließlich auf unterirdische Arbeit beschränken muß. Die Staatsgewalt verfolgt die Kommunisten erbarmungslos.

Vor der Präsidentenwahl ist eine neue Arbeiterpartei entstanden, welche die Arbeiter und die kleinen Landwirte unter dem Namen Arbeiter und Farmerpartei zu vereinigen suchte. Ihren Kandidaten, Christensen, gelang es gelegentlich der Wahlen sechshunderttausend Stimmen auf sich zu vereinigen. Sie fordert in ihrem Programm (mitgeteilt im „Am. Nation“, 27. Okt. 1920) die Arbeiterkontrolle, die Ueberführung der lebenswichtigen Industrien in den Besitz der Gemeinschaft, den Kampf gegen den Imperialismus usw. Die Partei schlägt einen sehr scharfen Ton gegen die Kapitalistenklasse an; das Programm dagegen ist recht mäßig gehalten.

Gewisse links von den A. F. of L. stehende Elemente der Arbeiterchaft haben in letzter Zeit in New York neue Organisationen geschaffen, einen Arbeiterrat und ein Gewerkschaftsamt, das die Schuhmacher, Lederarbeiter, Feinarbeiter und die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie in sich vereinigt. Sie fordern u. a. Amnestie für die verurteilten Sozialisten (Sowjetblatt 28. November 1920).

Wir möchten noch zum Schluß die Forderungen mitteilen, welche als Mindestforderungen von allen Arbeiterorganisationen angenommen worden und welche unter dem Namen „Forderungen der Rechte der Arbeiter“ (Labor's Bill of Rights) bekannt sind. Diese sind folgende: a) Das unbeschränkte Recht aller Arbeiter, die öffentlichen Angelegenheiten eingerechnet, auf Organisation und auf Verhandlung mit den Arbeitsgebern durch ihre Verbände. b) Kein Zwang zum Schiedsverfahren. c) Die Arbeitszeit darf täglich höchstens nur 8 Stunden und wöchentlich 44 Stunden betragen. d) Arbeitslosen- und Altersversicherung für den Arbeiter und für seine Familie. e) Organisation öffentlicher Arbeiter für Perioden der Wirtschaftskrisen, sowie das Bauen von Wohnhäusern und Wegen, Häfen, Kanälen usw. f) Erziehung der Kriegsbeschädigten und in der Industrie Beschäftigten. g) Einstellen der Kinderarbeit für Kinder unter 16 Jahren. h) Vollständiger und wirksamer Frauenschutz und der gleiche Lohn für gleiche Arbeit für die Frauen. i) Abschaffung der privaten Anstalten für Stellenvermittlung, welche nur Streikbrecher liefern. j) Ausgestaltung der staatlichen Stellenvermittlung. k) Maßnahmen gegen die Auswanderung der Einwanderer durch die Unternehmer. l) Wirksame Durchführung des Gesetzes für die Seelen. Die heute bestehenden Schutzmaßnahmen für diese dürfen nicht geschwächt werden. m) Verhinderung des zwischenstaatlichen Handels mit Produkten, die von Sklavenarbeit (bei der die Arbeiter sich auf viele Jahre verpflichten müssen, Red.) herrühren. n) die Einsetzung eines Staatsamtes für Erziehung und für die Hebung der Produktivität; Gelegenheiten zur Ausbildung für Arbeiterkinder.

## Deutscher Reichstag.

Die Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Am Sonnabend fand im Reichstage eine trockene Debatte über das Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes, die mit der Ueberweisung der Vorlage an den 11. Ausschuß endete. Genosse Keil griff gleich die Hauptgesichtspunkte heraus und unterzog sie einer gewissenhaften Prüfung. Besonders verwahrte er sich gegen die Sabotierung des Reichsnotopfers, die unter Helfferichs Führung von den bürgerlichen Parteien getrieben wird. Ebenso lehnte er die bürgerliche Forderung ab, die auf Kosten der Erhöhung der indirekten Steuern einen Abbau der Besitzsteuern vornehmen will. Nach ihm sprach Abg. Helfferich recht unachselig und forderte die Revision und einen teilweisen Abbau der Besitzsteuern. Ihm gegenüber stellte der sympathische Reichsfinanzminister Dr. Wirth fest, daß er einem Abbau der Besitzsteuern nie die Hand bieten werde. Während darauf sich die Abg. Becker (D. Sp.) und Pohlmann (Dem.) für den Abbau einsetzten, legten sich die Abgeordneten Herz (Unabh.) und Dümell (Kom.) energisch für die Besitzsteuern ein und wandten sich gegen die Einführung neuer indirekter Steuern. Der Bauern doktor Helm, der mit seinen Äußerungen über die Heiterkeit des Hauses erweckte, erklärte weitere Besitzsteuern für unmöglich, da die Besteueren dadurch zum Selbsthaltungskampf gegen den Staat getrieben werden müßten. Helm wurde in sachlicher Weise vom Reichsfinanzminister widerlegt. Danach vertagte sich der Reichstag, um am Montag mit der Aussprache über Sowjetrußland seine Beratungen fortzusetzen.

54. Sitzung.

Berlin, Sonnabend, 22. Januar, 1 Uhr nachmittags. Zunächst wird das Gesetz über die Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung dem Sozialpolitischen Ausschuß übermitten.

Auf der Tagesordnung steht weiter der Gesetzentwurf zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Der Entwurf will das gesamte Einkommen, das ein Steuerpflichtiger von Anfang bis Ende seiner Steuerpflicht bezieht, von der Einkommensteuer erfassen. Die Veranlagung erfolgt alljährlich nach Ablauf jeden Kalenderjahres. Sie erfolgt nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in dem maßgebenden Kalenderjahr während der Dauer seiner Steuerpflicht bezogen hat. Da grundsätzlich nur das tatsächlich bezogene Einkommen versteuert und jede Fiktion vermieden werden soll, soll für die Fälle, in denen die Steuerpflicht nicht während des ganzen Kalenderjahres bestanden hat, eine Umrechnung des während der Dauer der Steuerpflicht bezogenen Einkommens auf ein Einkommen von 12 Monaten nicht erfolgen. Für das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbe und Verkehr wird das Ergebnis des Wirtschaftsjahres festgestellt, beginnend mit dem 1. Januar des Kalenderjahres abwärts. Um durch die doppelte Besteuerung des Jahres 1920 keine Härten zu verursachen, wird das Einkommen des Jahres 1920 als Bemessungsgrundlage bei der Veranlagung für zwei Rechnungsjahre bestimmt.

Abg. Keil (SD.): Die steuerrechtlichen Einzelheiten der Vorlage müssen natürlich im Steuerausschuß noch gründlich erörtert werden. Man hat sich über die rasche Reformbedürftigkeit des Einkommensteuergesetzes lustig gemacht, und zwar sind das dieselben Leute, die an der überhöhten Steuerbelastung schuldhaft sind. Die Befreiung der Härten aus der Doppelbesteuerung von 1920 erfordert schwierige Umstellungen, aber den Luxus weiterer technischer Schwierigkeiten können wir uns nicht mehr leisten. Das Gesetz erregt in dieser Hinsicht manche Schwierigkeiten ergeben sich auch bei den Anprüchen der Länder und namentlich der Gemeinden. Manche Länder, wie Preußen, haben den Gemeinden schon größere Zuschüsse gemacht. Da wird es schwer sein, einen Ausweg zu finden. Wir brauchen es, daß die Steuerfreiheit der Abgaben für wohltätige, kulturelle und politische Zwecke durch die Vorlage herbeigeföhrt wird. Die Einführung dieser Steuerfreiheit haben wir seinerzeit einen gleichgerichteten Anschlag genannt. Es gibt kaum Aufgaben, die kulturfördernder wären, als die für den wirtschaftlichen Aufbau des Reiches. Das steuerfreie Einkommen darf überhaupt nur bis zu einer gewissen Einkommensgrenze gemehrt werden. Andererseits muß bei den niedrigsten Einkommenshöhen die Schonungsgrenze herabgesetzt werden. Leider wurden unsere dahingehenden Anträge seinerzeit von den bürgerlichen Parteien niedergeschrieben. Die inaktive und gar nicht politische orientierte Ablehnung des Steuerabzuges vom Lohne durch die Arbeiter war das beste Zeugnis für die unertägliche Befassung, jedoch wäre es richtiger gewesen, den Hauptkern nicht gegen das technische Verfahren des Steuerabzuges, sondern gegen die Höhe der Steuern zu richten. Aus dem Jahre 1920 sind noch viele Rechte noch nicht eingezogenen Steuern übrig. Es wird nichts übrig bleiben, als diese Steuerzuschüsse bis zur Einkommensgrenze von 20 000 M. zu streichen. Der Lohnabzug muß im Einklang gebracht werden mit der Steuerlast, die endgültig zu zahlen ist. Deshalb soll denn die Arbeitskraft bluten, wenn man täglich sieht, wie zahlreiche einflußreiche Kräfte am Werke sind, um den Besitz zu schonen und alles auf die Lohnempfänger abzuwälzen? Bei der Einsetzung der Steuerabzuges ist man sehr langsam verfahren. Trotz der zweifelslosen nachdringlichen Heberlastung der Behörden hätte für die Durchführung der Steuerabzuges viel mehr geschehen müssen. Aber einzelne Beamte wandten sich an den Reichstag. Mit dem Abbau der Besitzsteuergesetz, der von Helfferich und seinen Freunden geföhrt ist, ist schon begonnen worden. Die Deutschnationale Volkspartei ist dabei zur rechten Zeit über den Reaktionskonfessionen erschienen. (Sehr wahr! links. Wiederholt rechts.) Die deutschen Rechte, die Helfferich nach erfolgtem Ende auf der rechten Seite des damaligen Finanzministers Erbprinz erweist, werden dabei für die Deutschnationale Volkspartei übernommen.

Hotels, Restaur., Cafés, Vergnügungen etc.

Hallers Musikhaus, Inhaber: H. Haller jr. u. E. Capell, Markt 3, Kohlmarkt 12.

Neue Volksbühne, 44 Biedergrube 44. Täglich Variete und Kabarett. Anfang 7 1/2 Uhr.

Restaurant „Hollstenfrug“, Hugo Boyen, Hollstenfr. 37. Telefon 8184.

Restaur. zur Markthalle, Küche, Bier, Weine, Paul Richter, Mengstr. 6. Tel. 232

Café Bernhardt, Fadenburger Allee 9. Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Abstinenz-Café, Unterstr. 100. Spezial: Tägliche frische Soda u. n. Bobenlaffee, n. Redite.

Bodega-Weinstub, H. Giesenberg, Fischstr. 14. Tel. 8888. Gute gepflegte Weine, Cidre und Käse.

Reichels Kalmbacher Bierhaus, Jah.: D. Schneider, Fleischbr. 18. Tel. 497. Gut gew. Bier, Weine u. Käse.

Restaurant u. Café, Königstr. 41. Küche, Garten und Terrasse, gute Käse.

Fritz Derlien, Hülfstr. 107. Samen- und Futterhandlung.

Großhude, G. S. Tel. 3458, Königstr. 93.

Dietrichs Restaurant, St. Bernh. 57. Beste Küche, Frühstückstube, Bürgerl. Mittagsst. von 12-2 Uhr, laude Preise.

H. Schull, Fischbr. Biedergrube 17.

Fr. Alempau, Königstr. 22. Obst- u. Süßwaren.

E. Christofferjen, Hollstenfr. 42. Feinste Schokolade, Bonbons, Kuchen, etc.

Fischhandlung H. P. Unger, Hollstenfr. 21. Feinstes Fischgeschäft.

Gustav Magaard, Seemannstr. 13. Beste Spezialität für Feinschmecker.

H. Büld, Fischer- u. Seemannstr. 24. Feinstes Fischgeschäft.

Rostoder Butterhandlung, D. Rostod u. D. St. Sibel, Seemannstr. 2. Tel. 2364.

Karl Wunderlich, Seemannstr. 15. Gut gew. Süßwaren u. Feinschmecker.

Ernst Voss, Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Seemannstr. 59. Feinstes Fischgeschäft.

Geschäftliche Rundschau u. Zeitungs-Dauer-Fahrplan. Illustration of a train and a ship.

Ang. Trost & Sohn, Holzstr. 24. Spezialhaus für Hüte und Mützen.

H. Hornbogen, Königstr. 71. Tel. 1010. Spezialgeschäft feiner Tricotlagen und Strumpfwaren.

Carl Zegelin, Johannistr. 11. Unterzeuge, Strumpfwaren, Knaben-Anzüge etc.

Ulma Busse, Wapenstr. 18. Damen- und Kinderhüte in großer Auswahl. Unparter und modernster Geschmack.

Ferd. Kaufeld, Ober Wapenstr. 11. Mützen, Umverwandlung für Herrenhüte.

Eisleben, Brandstr. 30 32. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. Groß- und Kleinhandlung.

M. Cougnel, Königstr. 34. L. Hans Kopp, nach St. Gertr. Geograph. G. Kopp. L. gart. gut. Unparter u. großen all. Hüte u. wasche Form.

D. Wagner, Königstr. 8. Damen- und Kinderhüte. Große Auswahl. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

Herrenhüte, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

Fritz Heine, Seemannstr. 24. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

Fritz Heine, Seemannstr. 24. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

Die führende Firma der Branche: Färberei Lehfeldt, Johannistr. 70.

A. Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten. Table with columns for destinations (Lübeck, Hamburg, Segeberg, etc.) and departure times.

Koks - Kohlen - Briketts. Abnehmerliste des Lübecker Volksboten.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

H. Kamm, Königstr. 15. Herren- u. Damen- u. Kinderhüte. - Nägelschneid.

F. Kloeken, Möbel- und Dekorationsgeschäft. Telefon 1193. Königstr. 65/67.

Georg Zopp, Marlesgrube 24. Möbelhandlung. Beste Bezugsquelle für neue und gebrauchte Möbel.

M. Krause Wm. Blumenbinderei, Biedergrube 8.

Carl Zöllers, Marlesgrube 25. Möbelhandlung. Vorteilhafteste Einkaufsquelle ganzer Wohnungseinrichtungen sowie Einzeilmöbel.

Wilh. Döbenburg, Korbw. u. Korbh. Hülfstr. 90.

Blumengeschäft Sager, Inhab.: J. Wäpfel, Königstr. 90. Tel. 1208. Blumen- und Kränzchen. Spezialität: Brautkränze.

Rudolf Gaspary, Holzstr. 20. Blumen und Pflanzen, Kränze in allen Ausführungen.

Allgemeines.

Piehl & Fehling, Kohlenabteilung, Mühlenstr. 48. Anthrazitkohlen \* Briketts \* Holz \* Torf \*

Niebuhr & Binge, Biedergrube 48. Elektromotoren u. Apparatebau, Unterwerke, Fabrikation elektrischer Materialien. Ständiges Lager in Elektromotoren und Heizapparaten.

Feddersen & Wulff, Königstr. 62. Herrenschneiderei-Bedarfsartikel, Tuchlager, Herren-Krügel.

Hermann Dobberstein, Hülfstr. 47. Fernruf 1048. Spezialität: Färben nach Probe, chemische Reinigung. - Schnell! Tadellos! Mäßige Preise!

Arthur Priem, Johannistr. 21. Fernruf 686. Ausführung elektrischer Anlagen jeder Art u. Größe. Ankauf, Verkauf, Veräußerung von Elektromotoren. Lager in Beleuchtungsörpern und Glühlampen. Reparaturwerkstatt.

Germania-Drogerie, Königstr. 66. Julius Vogt. Desinfizieren.

Martin Jürgens, Solinger Stahlwaren u. eig. Schleif- u. elektr. Betrieb. Tägl. Schleifen.

C. F. Alm, Holzstr. 12, Braunstr. 7. Drogen und Farben.

Handarbeiten mod. geschmackvoll und preiswert kaufen Sie im handarbeitsgeschäft Ritz, Fernr. 3383, Ob. Wapenstr. 1.

Eudwig Schlüter, Carusfuhrrofen, Hochheits- und Trauerwagen. Telefon 72. Biedergrube 24.

Hans Kühl, Mühlenstr. 42. Telefon 2988. Leder- u. Schuhwaren.

Nähmaschinen repariert schnell u. gut. Heint. Krufe, Mechaniker, Fischergrube 33. Solide Preise.

Fr. Gröschow, Johannistr. 63. Fernruf 8382. Piano- und Möbeltransport. Liebernahme ganzer Umzüge am Tage und nach auswärts. Einlagerung ganzer Hausstände.

Joh. Harz, Johannistr. 22. Werkstatt für elektrische Maschinen. Spezialität: Feldspulen und Unterwerke.

Wilh. Schubert, Pferdemarkt 17. Klempnerei und Installation für Gas, Wasser und Elektrisch.

Johs. Hecht, Feiler, Königstr. 62. Johannistr. 62. Haus Löwen-Apothek.

Immer - Ciel - u. Kahl - Genossenschaft e. G. m. b. H. Schäffelsbad 4. Fernruf 8281. Holzbohle, Lappeln, Möbelspäne, Gerben.

Schmied - Kahl - Herrin G. m. b. H. Johannistr. 31. Oberleder, Lederwaren, Bedarfsartikel, Stepperei. Verkauf auch an Nachmittagsstunden.

Cöner-Apothek, Apothek. Johannistr. 13. Fernruf 621. Spezialitäten: Drogen, Chemikalien.

Mag Pauls, Inhaber: Erich Schanz, Königstr. 42. Haus- und Kleingewerbe.

L. Harns & Co., Inhab.: H. Schmidt, Königstr. 42. Tel. 1801. Spezialgeschäft für Bedarfsartikel aller Art.

Ludwig, Lüderstr. 17. Badstube Carl Döcker, Königstr. 44.

Albert Ziehe, Gummpresse-Anstalt, Fleischhauerstr. 60.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

W. Blumenthal, Kaufmann, Cafe Sandstr. 3. Besondere Lager und Reparaturwerkstatt.

# Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Johannisstraße Nr. 46  
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebengespaltene Zeile oder deren Raum 180 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 500 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, spätere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 19.

Montag, den 24. Januar 1921.

28. Jahrgang.

## Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten.

Warum gibt es in den Vereinigten Staaten keinen Sozialismus? Unter diesem Titel hat sich der bekannte bürgerliche Nationalökonom Werner Sombart mit den wirtschaftlichen und politischen Gründen auseinandergesetzt, welche der Entwicklung einer sozialistischen Arbeiterbewegung in Amerika hindernd im Wege standen. Hier haben wir nicht den Raum, diese Argumente wiederzugeben. Seitdem existiert ja doch eine sozialistische Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten, von welcher wir vorerst nur ein flüchtiges Bild geben möchten. Auch dieses ist keine leichte Sache; die Bewegung ist aus vielen historischen und wirtschaftlichen Gründen sehr verwickelt. Die Programme der einzelnen Parteien sind nicht scharf genug herausgearbeitet. Gewerkschaftsbewegung und Parteibewegung sind vielfach nicht voneinander getrennt. Unsere Angaben fußen in erster Reihe auf der Tagespresse der verschiedenen amerikanischen Arbeiterparteien.

Der Amerikanische Arbeiterbund (American Federation of Labor) ist immer noch die wichtigste Arbeiterorganisation, umfassend die Arbeiter von den Vereinigten Staaten und Kanada. Seine Mitgliederzahl übersteigt 3 Millionen. Es ist ein reiner Gewerkschaftsverband (Trade Union), in welchem die Arbeiter nach ihrem Beruf gegliedert organisiert sind. Der Bund umfaßte im Jahre 1917 111 Fachverbände mit 26 761 lokalen Organisationen. Sein Präsident ist der bekannte Samuel Gompers, der gelegentlich des Friedensschlusses in Versailles eine große Rolle spielte. Der Bund vertritt die gemäßigten Forderungen der Gewerkschaftspolitik; sein Betätigungsfeld ist der Kampf für höhere Löhne und kürzere Arbeitsstunden. Daß der Achtstundentag den Vätern durch den Völkerbund anempfohlen wurde, ist in erster Reihe dieser Organisation zu verdanken. Andererseits ist er eine konservative Körperschaft; er hat unlängst den in Amsterdam sitzenden internationalen Gewerkschaftsbund verlassen, weil seine Politik für ihn zu radikal ist. In der Politik ist dieser große Verband durchweg opportunistisch, was in den hier nicht weiter zu erörternden amerikanischen Verhältnissen seine Ursache hat. Gelegentlich der vor einigen Monaten stattgehabten Präsidentenwahlen hatte die American Federation of Labor seine Mitglieder aufgefordert, für die demokratische Partei zu stimmen. Die Mitgliederzahl der Union ist zwar immer noch sehr groß, doch alle Anzeichen sprechen dafür, daß ihre Macht im Sinken ist. Die jüngste amerikanische Zeitschrift „The Nation“ vergleicht den alten Samuel Gompers mit König Lear — ein Bild ohne Land.

Nächst diesem großen Gewerkschaftsverband betätigt sich die Sozialistische Partei. Ihr Führer, Eugen Debs, sitzt wegen seiner kriegsfeindlichen Haltung im Gefängnis. Der bekannte sozialistische Sozialist Hilquitt gehört auch dieser Partei an. Die Sozialistische Partei nimmt an den politischen Kämpfen der Vereinigten Staaten teil. Gelegentlich der letzten Präsidentenwahl hat ihr Kandidat Eugen Debs mehr als neunhunderttausend Stimmen erhalten. Dies bedeutet einen Zuwachs von dreihunderttausend Stimmen im Vergleich zur Wahl im Jahre 1916, der jedoch nicht hoch angerechnet werden kann, in Hinsicht auf die wachsende Bevölkerung und auf das Frauenstimmrecht, welches diesmal zum ersten Male ausgeübt wurde. Wie aus der Tagespresse bekannt, sind die sozialdemokratischen Abgeordneten unter den niedrigsten Vorwänden vom Kongreß ausgeschlossen worden. Die Sozialistische Partei kann im allgemeinen als eine gemäßigte Partei bezeichnet werden.

Eine wichtige Arbeiterpartei ist im Jahre 1906 in Chicago gegründet worden, die I. W. W. — International Workers of the World (Internationale Arbeiter der Welt). Diese Organisation hat den früher sozialistischen Gewerbe- und Arbeitsverband (Socialist Trade and Labor Alliance) in sich aufgenommen. Der neuen Partei schlossen sich die linksstehenden Elemente der sozialistischen Partei an und von den Gewerkschaften vorwiegend gewisse Metallarbeiter- und Bergarbeiterverbände. Sie war als Protest gegen die konservative Politik der A. F. of L. entstanden. Sie ist gegen jede politische Aktion. Es werden ihr anarcho-sozialistische und sozialistische Tendenzen zur Last gelegt, und tatsächlich befolgte sie vielfach eine dementsprechende Politik; sie war in ihrer öffentlichen Wirksamkeit verhältnißlos und konnte sich nur im Geheimen betätigen. Ihre Führer und Anhänger gehören zu den am meisten verfolgten Sozialisten in den Vereinigten Staaten. Die Partei hat ihre politikfeindliche Haltung bis in die Gegenwart aufrecht erhalten. Andererseits zeigt uns aber eine eingehende Betrachtung ihrer Parteipresse, daß sie die anarcho-sozialistische Richtung in sich hat, was gut wie ausgegeben hat, obwohl die Presse der anderen sozialistischen Parteien ihr diese Tendenzen auch jetzt noch zuschreibt. Wir lesen aber im offiziellen Organ dieser Partei („Industrial Unionist“, Kenner) Aufträge zur systematischen Ausarbeitung der neuen Gesellschaftsordnung, die Einrichtung eines Fortbildungsinstituts (Lehranstalt) für die Feststellung der Produktions-

kosten in den einzelnen Industrien usw., um die Arbeiterschaft für ihre künftige Aufgabe zur Übernahme der Führung der Produktion und vorläufig zur Arbeiterkontrolle vorzubereiten. Es wird von der Partei eine zentrale Organisation der Industrie angestrebt; sie ist Anhängerin der noch zu schaffenden und aus Industrieverbänden bestehenden großen internationalen Arbeiterunion.

Es kommen dann weitere zwei sozialistische Bewegungen in Frage, die beide sich der russischen Revolution anschließen, ohne sich jedoch der dritten Internationale angeschlossen zu haben. Sie betonen im Gegenteil die taktischen Unterschiede zwischen der russischen und der amerikanischen Bewegung; sie gehen an, daß mit der vorerst noch individualistisch gesinnten Seelenverfassung des amerikanischen Arbeiters gerechnet werden müsse und ein Anschluß an die dritte Internationale keinen Wiederhall unter den amerikanischen Arbeitern zu finden vermöge. Die politische Partei dieser Richtung heißt „Sozialistische Arbeiterpartei“ (Socialist Labor Party), die gewerkschaftliche Organisation derselben Richtung aber „Internationale Industrie-Vereinigung der Welt“ (W. I. U.). Das Organ der ersteren ist die in New York erscheinende „Weekly People“, der letzteren die in Detroit (Michigan) herausgegebene „Industrial Union News“. Beide Parteien sind miteinander eng verbunden und verkünden die Lehren ihres im Jahre 1914 verstorbenen Führers De Leon. Mit den Lehren De Leons, welcher in dieser Partei als bedeutendster Nachfolger Marzens und Vorgänger Lenins bezeichnet wird, wollen wir uns vielleicht ein anderesmal auseinandersetzen. Hier erwähnen wir nur so viel, daß De Leon und die unter seiner Führung arbeitenden Parteien den Gedanken der Betriebsräte sehr stark herausgearbeitet haben. Sie streben eine Neuorganisation der Arbeiter auf Grundlage der Industrie-Kontroll-Verbände an. Von den beiden Parteien wollen wir nur noch festhalten, daß die politische Partei bereits vor Jahrzehnten entstanden ist, während die gewerkschaftliche erst in letzter Zeit gegründet wurde. Beide treten für eine kräftige politische Aktion ein. Diese Arbeiterorganisationen sind vorläufig sehr schwach.

Natürlich gibt es auch eine kommunistische Partei in den Vereinigten Staaten, welche sich ausschließlich auf unterirdische Arbeit beschränken muß. Die Staatsgewalt verfolgt die Kommunisten erbarmungslos.

Vor der Präsidentenwahl ist eine neue Arbeiterpartei entstanden, welche die Arbeiter und kleinen Landwirte unter dem Namen Arbeiter und Farmerpartei zu vereinen sucht. Ihren Kandidaten, Christensen, gelang es gelegentlich der Wahlen sechshunderttausend Stimmen auf sich zu vereinen. Sie fordert in ihrem Programm (mitgeteilt im „Am. Nation“ 27. Okt. 1920) die Arbeiterkontrolle, die Überführung der lebenswichtigen Industrien in den Besitz der Gemeinschaft, den Kampf gegen den Imperialismus usw. Die Partei schlägt einen sehr scharfen Ton gegen die Kapitalistenklasse an; das Programm dagegen ist recht mäßig gehalten.

Gewisse links von den A. F. of L. stehende Elemente der Arbeiterschaft haben in letzter Zeit in New York neue Organisationen geschaffen, einen Arbeiterrat und ein Gewerkschafts-Komitee, das die Schuhmacher, Lederarbeiter, Bauarbeiter und die Arbeiter in der Bekleidungsindustrie in sich vereinigt. Sie fordern u. a. Amnestie für die verurteilten Sozialisten (Sowasblatt 28. November 1920).

Wir möchten noch zum Schluß die Forderungen mitteilen, welche als Mindestforderungen von allen Arbeiterorganisationen angenommen worden und welche unter dem Namen „Forderungen der Rechte der Arbeiter“ (Labor's Bill of Rights) bekannt sind. Diese sind folgende: a) Das unbeschränkte Recht aller Arbeiter, die öffentlichen Angelegenheiten eingeregnet, auf Organisation und auf Verhandlung mit den Arbeitgebern durch ihre Verbände. b) Kein Zwang zum Schiedsverfahren. c) Die Arbeitszeit darf täglich höchstens nur 8 Stunden und wöchentlich 44 Stunden betragen. d) Arbeitslosen- und Altersversicherung für den Arbeiter und für seine Familie. e) Organisation öffentlicher Arbeiter für Perioden der Wirtschaftskrise, sowie das Bauen von Wohnhäusern und Wegen, Häfen, Kanälen usw. f) Erziehung der Kriegsbeschädigten und in der Industrie Beschäftigten. g) Einstellung der Kinderarbeit für Kinder unter 16 Jahren. h) Vollständiger und wirksamer Frauenschutz und der gleiche Lohn für gleiche Arbeit für die Frauen. i) Abschaffung der privaten Anstalten für Stellungsvermittlung, welche nur Streikbrecher liefern. j) Ausgestaltung der staatlichen Stellenvermittlung. k) Maßnahmen gegen die Ausplünderung der Einwanderer durch die Unternehmer. l) Wirksame Durchführung des Gesetzes für die Seelente. Die heute bestehenden Sozialmaßnahmen für diese dürfen nicht geschmälert werden. m) Verhinderung des zwischenstaatlichen Handels mit Produkten, die von Sklavenarbeit (bei der die Arbeiter sich auf viele Jahre verpflichten müssen, Red.) herrühren. n) Die Einsetzung eines Staatsamtes für Erziehung und für die Hebung der Produktivität; Gelegenheiten zur Ausbildung für Arbeiterkinder.

## Deutscher Reichstag.

Die Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Am Sonnabend fand im Reichstage eine trockene Debatte über das Gesetz zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes, die mit der Ueberweisung der Vorlage an den 11. Ausschuß endete. Genosse Reil griff geschickt die Hauptgesichtspunkte heraus und unterzog sie einer gewissenhaften Prüfung. Besonders verwahrte er sich gegen die Sabotierung des Reichsnoteifers, die unter Helfferichs Führung von den bürgerlichen Parteien getrieben wird. Ebenso lehnte er die bürgerliche Forderung ab, die auf Kosten der Erhöhung der indirekten Steuern einen Abbau der Besitzsteuern vornehmen will. Nach ihm sprach Abg. Helfferich recht unachselig und forderte die Revision und einen teilweisen Abbau der Besitzsteuern. Ihm gegenüber stellte der sympathische Reichsfinanzminister Dr. Wirth fest, daß er einem Abbau der Besitzsteuern nie die Hand bieten werde. Während darauf sich die Abgg. Becker (D. P.) und Bohmann (Dem.) für den Abbau einsetzten, legten sich die Abgeordneten Herz (Unabh.) und Düwel (Kom.) energisch für die Besitzsteuern ein und wandten sich gegen die Einführung neuer indirekter Steuern. Der Bauern doktor Helm, der mit seinen Ueberzeugungen öfter die Heiterkeit des Hauses erweckte, erklärte weitere Besitzsteuern für unmöglich, da die Besteuernten dadurch zum Selbsterhaltungskampf gegen den Staat getrieben werden müßten. Heim wurde in sachlicher Weise vom Reichsfinanzminister widerlegt. Danach verlegte sich der Reichstag, um am Montag mit der Aussprache über Sowjetrußland seine Beratungen fortzusetzen.

54. Sitzung.

Berlin, Sonnabend, 22. Januar, 1 Uhr nachmittags. Zunächst wird das Gesetz über die Betriebsbilanz und Betriebsgewinn- und Verlustrechnung dem Sozialpolitischen Ausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht weiter der Gesetzentwurf zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes.

Der Entwurf will das gesamte Einkommen, das ein Steuerpflichtiger von Anfang bis Ende seiner Steuerpflicht bezieht, von der Einkommensteuer erfassen. Die Veranlagung erfolgt alljährlich nach Ablauf jedes Kalenderjahres. Sie erfolgt nach dem Einkommen, das der Steuerpflichtige in dem maßgebenden Kalenderjahr während der Dauer seiner Steuerpflicht bezogen hat. Da grundsätzlich nur das tatsächlich bezogene Einkommen versteuert und jede Fiktion vermieden werden soll, soll für die Fälle, in denen die Steuerpflicht nicht während des ganzen Kalenderjahres bestanden hat, eine Umrechnung des während der Dauer der Steuerpflicht bezogenen Einkommens auf ein Einkommen von 12 Monaten nicht erfolgen. Für das Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft, aus Gewerbe und Bergbau wird das Ergebnis des Wirtschaftsjahres festgesetzt, das dem Wirtschaftsjahr vom Kalenderjahr abweicht. Um auch die doppelte Besteuerung des Jahres 1920 zu vermeiden, wird die Einkommensteuer für den Zeitraum des Einkommens des Jahres 1920 als Bemessungsgrundlage bei der Veranlagung für zwei Rechnungsjahre bestimmt.

Abg. Reil (SP.): Die steuerrechtlichen Einzelheiten der Vorlage müssen natürlich im Steuerentscheidungs noch gründlich erörtert werden. Man hat sich aber die solche Reformbedürftigkeit des Einkommensteuergesetzes längst gemacht, und zwar sind das die meisten Leute, die an der überhöhten Steuererhebung schuld sind. Die Beseitigung der Härten aus der Doppelbesteuerung von 1920 erfordert schwierige Umstellungen, aber den Luxus weiterer technischer Schwierigkeiten können wir uns nicht mehr leisten. Das Gesetz erregt in dieser Hinsicht manche Bedenken. Schwierigkeiten ergeben sich auch bei den Ansprüchen der Länder und namentlich der Gemeinden. Manche Länder, wie Preußen, haben den Gemeinden schon größere Zuschüsse bewilligt. Da wird es schwer sein, einen Ausweg zu finden. Wir begrüßen es, daß die Steuerfreiheit der Abgaben für wahlfähige, kulturelle und politische Zwecke durch die Vorlage herbeigeführt wird. Die Einführung dieser Steuerfreiheit haben wir seinerzeit einen gesetzesberichtigenden Anlauf genannt. Es gibt lauge Ausgaben, die kulturfördernd wären, als die für den wirtschaftlichen Aufbau des Reiches. Das steuerfreie Einkommen darf überhaupt nur bis zu einer gewissen Einkommen-Grenze bestimmt werden. Andererseits muß bei den niedrigsten Einkommen die Schonungsgrenze herangezogen werden. Leider wurden unsere dahinschwindenden Anträge seinerzeit von den bürgerlichen Parteien niedergeschlagen. Die Initiative und gar nicht politisch organisierte Ablehnung des Steuerabzuges vom Lohn durch die Arbeiter war das beste Zeugnis für die unentgeltliche Belastung, jedoch wäre es richtiger gewesen, den Hauptsturm nicht gegen das technische Verfahren des Steuerabzuges, sondern gegen die Höhe der Steuern zu richten. Aus dem Jahre 1920 sind noch viele Reste von nicht eingesetzten Steuern übrig. Es wird nichts übrig bleiben, als diese Steuerentlastungen bis zur Einkommensgrenze von 30 000 Mk. zu streichen. Der Lohnabzug muß im Einklang gebracht werden mit der Steuerlast, die endgültig zu zahlen ist. Deshalb soll denn die Arbeiterkraft bluten, wenn man täglich sieht, wie zahlreiche einfache Kräfte am Werke sind, um den Lohn zu schonen und alles auf die Lohnempfänger abzumähen? Bei der Einsetzung der Besteuerung ist man sehr sammelig verfahren. Trotz der wertvollen vorhandenen Ueberlastung der Betriebsräte hätte für die Durchführung der Steuererhebung viel mehr geschehen müssen. Aber einfachste Beamten worten sich an den Lohn nicht heran. Mit dem Abbau der Besteuerungsgesetze, der von Helfferich und seinen Freunden gefordert ist, ist schon begonnen worden. Die Deutschnationale Volkspartei ist dabei zur stillen Teilhaberin der Regierungswahl geworden. (Sehr wahr! links. Widerspruch rechts.) Die deutschen Fische, die Helfferich noch erfragen Suchen auf der weißen Welle des damaligen Finanzministers Erdberger erstickt hat, wenn dabei die Deutschnationale Volkspartei willkommen.

Im Steueranschluß sah sich der Reichsfinanzminister bei der Beratung des Reichsnotopfers von der eigenen Fraktion sowie von den übrigen Regierungsparteien verlassen und fand nur an anderer Fraktion eine Stütze. Das Zentrum ist im Anschluß bezeichnenderweise nur durch Großindustrielle und Großgütervertreter, die die Interessen des Mittelstandes völlig vernachlässigen. Entgegen den Vorschlägen des Ministers wurde unter Führung Heffers die Beschlüsse der Reichsversammlung bis nach Ablauf eines Monats nach Inkraftsetzung des Steuerbeschlusses zum Kennwert an Zahlungsstatt zu geben. Man sucht es dadurch zu rechtfertigen, daß der Steuerpflichtigen im Kriege versprochen worden ist, sie könnten die Steuern in Kriegsanleihe bis nach Ablauf eines Monats nach Inkraftsetzung des Steuerbeschlusses zum Kennwert an Zahlungsstatt zu geben. Man sucht es dadurch zu rechtfertigen, daß der Steuerpflichtigen im Kriege versprochen worden ist, sie könnten die Steuern in Kriegsanleihe bis nach Ablauf eines Monats nach Inkraftsetzung des Steuerbeschlusses zum Kennwert an Zahlungsstatt zu geben.

Das Reichsnotopfer (2000) ist ein sehr wichtiges Stück Geld, das die Reichsregierung durch die Ausgabe von Reichsnoten zu decken sucht. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken.

Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken. Die Reichsregierung hat sich verpflichtet, die Reichsnoten durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken.

### Die Berliner Verhandlungen

Die Berliner Verhandlungen sind ein wichtiger Bestandteil der internationalen Beziehungen. Sie dienen dazu, die Interessen der verschiedenen Nationen zu koordinieren und die Weltfrieden zu sichern. Die Berliner Verhandlungen sind ein wichtiger Bestandteil der internationalen Beziehungen. Sie dienen dazu, die Interessen der verschiedenen Nationen zu koordinieren und die Weltfrieden zu sichern.

die ganze Lage. Deutschland hat 3 bis 5 Jahre für seinen wirtschaftlichen Aufbau notwendig. Wenn Deutschland seine Verpflichtungen kennt, kann es mit Amerika sprechen.

### Die Entente und die Hohenzollern.

Nach einer Meldung aus Prag wurde in einer der letzten Sitzungen des Ausschusses des Reichstages Abgeordnetenhauses für auswärtige Angelegenheiten an den Minister Dr. Beneš die Anfrage gestellt, ob die kleine Entente, die die beteiligten Staaten gegen eine eventuelle Rückkehr der Habsburger abgeschlossen haben, sich auch auf die Hohenzollern beziehe. Dr. Beneš antwortete auf diese Anfragen in dem Sinne, daß ein solcher Vertrag gegenüber den Hohenzollern wohl nicht bestünde, daß aber unter den Entente-Staaten durch die Übergangsbereitschaft und infolge der Friedensverträge die Übergangsbereitschaft, daß weder Wilhelm II. noch der Kronprinz auf den Thron zuerlassen werden dürfen. Diese Ansicht habe sich auch während der Anwesenheit des Ministers in Wien bei der Völkerbundtaugung gezeigt. Aus diesem Standpunkt gegenüber den Hohenzollern geht die Politik gegenüber dem griechischen König Konstantin hervor, gegen den die Entente-Staaten solche Maßnahmen treffen würden, daß seine Stellung in den allernächsten Monaten unhaltbar und seine Abdankung erzwungen werden dürfte.

### Protest gegen eine Verordnung der Interalliierten Rheinlandkommission.

Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine Verordnung erlassen, in der unter dem Vorzeichen einer geordneten Verwaltung die Besetzung des Rheingebietes als eine Besetzung durch die Interalliierte Rheinlandkommission bezeichnet wird. Diese Verordnung ist ein Verstoß gegen die Bestimmungen der Versaille-Verträge. Die Rheinlandkommission hat keine Befugnisse, die Besetzung des Rheingebietes zu bestimmen. Die Besetzung des Rheingebietes ist eine Angelegenheit, die nur durch die Vertragsparteien entschieden werden kann.

### Abschließung des Gaargebietes vom Reich.

Die Gaargebiete, z. B. Saarbrücken, sind von dem Reich getrennt worden. Die Regierung hat beschlossen, die Gaargebiete als selbständige Verwaltungseinheiten zu organisieren. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Dezentralisierung der Verwaltung.

### Die erste Marne-Schlacht.

Die erste Marne-Schlacht war ein entscheidendes Ereignis im Ersten Weltkrieg. Sie fand am 9. September 1914 statt und endete mit dem Scheitern der deutschen Offensive nach Paris. Die Schlacht bei Marne ist ein Beispiel für die Bedeutung der Luftkraft in der Kriegsführung.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die deutsche Politik ist derzeit von der Frage der Reichsanleihe und der Finanzierung des Krieges geprägt. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Reichsanleihe durch die Ausgabe von Reichsanleihen zu decken. Die deutsche Politik ist derzeit von der Frage der Reichsanleihe und der Finanzierung des Krieges geprägt.

### Europäische Situation.

Die europäische Situation ist derzeit von der Frage der Friedensverträge und der Zukunft Europas geprägt. Die europäischen Nationen versuchen, die Bedingungen der Friedensverträge zu klären. Die europäische Situation ist derzeit von der Frage der Friedensverträge und der Zukunft Europas geprägt.

tionen eingeleiteten Kosten noch nicht einmal 5 Millionen Ausgaben gemacht worden seien. — Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es über die Frage des Arbeitsgesetzbuches, das, wie Minister Brauns mitteilte, im Entwurf bereits fertig vorliegt. — Der deutschnationale Abgeordnete Schulz-Bromberg und der Zentrumabgeordnete Burlage nahmen gegen die Sondergerichte Stellung, weil die reine Justizpflege dadurch ausgehöhlt werde. Ihre Ausführungen fanden zum Teil auch die Zustimmung der Deutschen Volkspartei, während seitens anderer Genossen Hoch betont wurde, daß die Forderung nach außerordentlichen Arbeitsgerichten erst durch das Versagen der ordentlichen Gerichte ständen sei.

### Der Auswärtige Ausschuss.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages trat Sonnabend zu einer längeren Sitzung zusammen. Gegenstand der Tagesordnung waren Fragen des Auswärtigen Amtes. Die Verhandlungen wurden für vertraulich erklärt.

### Vorgehen Preußens in der Frage der Beamtenräte.

Der preussische Minister des Innern, Severing, der Freitagabend in der Stadthalle in Kassel gesprochen hat, kündete in seiner Rede an, daß die preussische Staatsregierung am Montag ihre Vertreter im Reichstag instruieren werde, von der Reichsregierung die Vorlage des Beamtenrätegesetzes zu fordern.

### Artillerie gegen Soldatenfriedler!

Der frühere Truppenübungsplatz Lockstedter Lager in Schleswig-Holstein ist seit langem seinem früheren Zwecke entzogen worden und gehört nicht mehr zu den Truppenübungsplätzen des Reichsheeres. Sein Gebiet dient der Soldatenfriedlung. Die beiden Arbeitsgemeinschaften Ridders und Büden sind mit ihrem Siedlungswerk bereits tüchtig vorangekommen. Mitte Dezember erschien plötzlich der Kommandeur der 1. Schützen-Regiment mit seiner Truppe zur Abhaltung von Scharfschießen. Der Soldatenfriedler bemächtigte sich eine starke Erregung. Sie glaubten sich am Ziele ihrer Hoffnungen und müßten nun plötzlich erleben, daß durch rücksichtsloses Vorgehen eines Artilleriekommandeurs ihr Wert vernichtet werden soll.

Das Preussische Landwirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium verlangen vom Reichswehrministerium den sofortigen Befehl zur Einstellung der Schießübungen. Was geschah? Es wurde demnach sofort befohlen! Jede wirtschaftliche Arbeit der Friedler wurde unmöglich gemacht. Die Polizei wurde zum Einschreiten gegen die schiefwütigen Kommandeure veranlaßt, weil das Reichswehrministerium anscheinend versagt hatte. Der Herr der Geschütze schied aber die eingreifenden Landjäger wieder nach Hause. Er war ja im Besitz der durchschlagenden Gründe. Das Reichswehrministerium hat bisher die Schießübungen auf dem Gelände der Soldatenfriedlungen nicht verhindert; es werden logischer Weise Vorbereitungen zu neuen größeren Übungen getroffen.

### Kleine politische Nachrichten.

Der Reichspräsident hat am Sonnabend den neu-ernannten japanischen Botschafter Hiroki zur Entgegennahme seines Beglaubigungsschreibens empfangen. Bei dem Empfange war der Reichsminister des Äußeren Dr. Simons zugegen. Der Botschafter hielt eine kurze Ansprache, auf die der Reichspräsident erwiderte.

Die Kaiserlich-königliche im Elsaß, der Straßburger Kaiserpalast, ist als Nationaldenkmal der französischen Republik erklärt worden.

Das Volksgericht in Regensburg (Bayern) wurde der wegen Aufreizung zum Rassenhaß (!) in München bereits in einem Jahr sechs Monaten verurteilte Kommunist August Blich wegen des gleichen Verzechens in Regensburg, Kelheim, Trossenburg und Wörth a. d. Donau zu einer Gesamtgefängnisstrafe von drei Jahren verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte sechs Jahre beantragt.

Wegen zu harter handhabender Konkurrenz ist der deutsche Postdienst am 1. Oktober eingestellt worden.

Gegen den Führer der türkischen Nationalisten, Mustafa Kemal Pascha, wurde ein erfolgloser Anschlag verübt. Der Täter, ein türkischer Fliegeroffizier, wurde verhaftet.

### Österreichische Wahlen.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ teilt das Gesamtergebnis der Wahlen zu den Reichsräten mit. Bei einer Wahlbeteiligung von insgesamt 2.547 Wählern und Angestellten haben gewonnen für die sozialdemokratische Partei 222.487, für die kommunistische Partei 14.713 und für verschiedene kleinere Gruppen 3247. Infolge dessen entfielen auf die Sozialdemokraten 4225 Mandate, auf die Kommunisten 277 und auf die kleineren Gruppen 47 Mandate.

### Italien.

Spaltung der italienischen Sozialdemokratie. Auf dem Parteitag der italienischen Sozialdemokratie in Livorno ist Freitag endlich die Entscheidung gefallen. Bei der Abstimmung wurden 28.823 Stimmen für die Unitarier (Serrati-Gruppe), 58.733 Stimmen für die Sezessionisten (Kommunisten) und 14.955 Stimmen für die Konzentrationisten (rechter Flügel) abgegeben. 931 Vertreter erklärten sich für die Sezession. Nach diesem Ergebnis verließen die rechte Kommunisten den Kongress. Sie begaben sich in einer anderen Saal, um die kommunistische Partei als italienische Sektion der Dritten Internationale zu gründen. Der Kongresspräsident erklärte darauf unter dem Beifall der Versammelten, daß der Kongress der Sozialistischen Partei seine Arbeit fortsetze. Am Schluß ernannte der Kongress die Mitglieder der Exekutive und bestellte Serrati als Direktor des „Avanti“. Alsobald erklärte der Präsident des Kongress für geschlossen.

### Konfiszierung deutschen Eigentums?

Zu Rom lauziert nach neuer Meldung der „Frankf. Ztg.“ Gerüchte, man wolle die Regierung beschuldigen, auswecheln des deutschen Eigentums in Werte von über 1000 Millionen (das Eigentum unter 500000 Euro ist längst konfisziert). Eine amtliche Bestätigung war nicht erhältlich, obwohl die Unklarheit nicht zweifelhaft besteht. Sie würde allerdings mit den künftigen Entwicklungen Statistik in schroffem Widerspruch stehen.

### England.

Der Sekretär der Arbeiterpartei, Arthur Henderson, hat in einer Rede vor dem Parlament die „Daily Herald“ folgende Erklärung abgegeben: „Wenn nicht unverzüglich Schritte getroffen werden, um den Arbeitlosen Unterstützung zu leisten, werden wir uns zu einer allgemeinen Streikbewegung entschließen.“ Die „Daily Herald“ fügt hinzu, daß Henderson mit dieser „Ankündigung“ von sich gelassen hat.







Arbeiterbewegung.

Reichsfinanzminister und Beamtengeverkschaft.

Aus Beamtenkreisen wird uns geschrieben: Der Herr Reichsfinanzminister hat sich nach den Witterungsbedingungen über die letzte Hauptausführung des Reichstages einen Aus-spruch entschlössen lassen, der nur zu deutlich die Situation beleuchtet; er erklärte, als er von den Deutschnationalen auf seinen Umfall in der Verlobungsfrage festgenommen wurde, entschuldigt: „Der sogenannte Umfall“ erklärt sich dadurch, daß mit dem Eindringen des Gewerkschaftsgeistes eine ganz neue Entwicklung eingeleitet hat. ...

Reich und Ausland.

Vernehmung eines Lübeckers. Unter dem Vorwand, eine Reise in der Nacht vom 18. Januar zu machen, ...

Die Erweiterung des Jüdischen Gings. ...

Jugendbewegung.

Reichsausschreibung der Jugend.

Am Sonntag, dem 17. Januar, ...

Die Jugendbewegung ...

Die Jugendbewegung ...

Die Jugendbewegung ...

Die Beratungen hingen aus in ein Defensivum zum internationalen Zusammenschluß. Eine Gleichschaltung, in der die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen der sozialistischen Arbeiterjugendverbände begründet wurde, fand einstimmige Annahme. Genosse Boagb (Holland) führte unter allgemeinem Beifall aus, daß der sich jetzt bildenden Jugendinternationalen die Zukunft gehört, weil sie geboren ist aus der Jugend selbst und nur da sein will um der Jugend willen.

Welt und Wissen.

Das größte Motorschiff. Das größte Schiff mit Motorantrieb, das bisher gebaut ist, wurde vor kurzem in Dänemark vom Stapel gelassen. Es ist das Motorschiff „Africa“, das zum Verfahr mit den Inseln Europas und dem Fernen Osten bestimmt ist. ...

Spiel, Sport und Körperpflege.

Aber der künstlichen Riesen Warija, welcher auf Einladung des internationalen Ringerverbundes von Helsingfors nach Stockholm gekommen ist, um an den Rängen um die Europameisterschaft 1921 im Gewichtsklasse teilzunehmen, ...

Sprechsaal.

Über den Artikel über Rudolf Bernheim die Redaktion der Publikation gegenüber seine Verantwortung.)

Die „Nordische Woche in Lübeck“. Senat und Handelskammer haben beschlossen im Juni eine „Nordische Woche“ in Lübeck abzuhalten. ...

Nach und etwas Verschiedenes.

In 4. de. Ma. wurde ich einem Unfall verwickelt, in welchem eine Verbindung der beiden Tage für Kaufleute gefordert wurde. ...

kann aber nicht dringend genug empfohlen werden, sich am Preisangebot über die Höhe des Fahrpreises zu informieren. Damit wäre diese Angelegenheit in aller Öffentlichkeit geend erörtert. Das Wort hat nunmehr das Polizeiamt. Bernh. Sätze, Adlerstr. 45

Handel und Industrie.

Devisen-Kurse.

Table with columns for location (Holland, Kopenhagen, Stockholm, etc.), unit (100 fl., 100 Kr., etc.), and price (2005, 1197 1/2, etc.).

Regelmäßige Verschiffungsgelegenheiten von Lübeck

I. Nach Ostpreußen. Rönigsberg, etwa alle 10 bis 14 Tage. Nächste Expedition: Ein Seeleichter etwa Ende Januar. ...

III. Nach Süd-Schweden. Stockholm eventl. auch Kalmar, ein bis zweimal wöchentlich mit Dampfern der Rederi-Actiebolaget „Svea“.

IV. Nach Süd- und West-Norwegen. Christiania, nach Bedarf auch andere Plätze anlaufend, alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Söndersjö-Norske Dampskibsselskab“.

V. Nach Finnland. Helsingfors (Kanad nach Bedarf) wöchentlich einm außerdem nach Bedarf Extra-Dampfer. ...

VI. Nach Ostpreußen. Königsberg, etwa alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Söndersjö-Norske Dampskibsselskab“.

VII. Nach Ostpreußen. Königsberg, etwa alle 10 bis 14 Tage ein Dampfer der „Söndersjö-Norske Dampskibsselskab“.

Schiffverkehr im Lübecker Hafen. Dampfer Segler Schiffsname Kapitan Seemannschaft Lagerort. ...